

kreuz-und-quer.de

herausgegeben von

Thomas Sternberg (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück, Friedrich Kronenberg,
Hermann Kues, Norbert Lammert, Hildigund Neubert, Hans-Gert Pöttering,
Thomas Rachel MdB, Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Erwin Teufel, Bernhard Vogel

6. Juli 2020

Anna-Katharina Hornidge

Nachhaltige Entwicklung als politische Herausforderung und Gebot der Stunde

Die weltweiten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen stehen derzeit unter dem Eindruck der größten Pandemie seit Jahrzehnten. Die Ausbreitung des Corona-Virus führt uns vor Augen, wie sehr unsere Wirtschaft, aber auch unsere gesellschaftlichen und persönlichen Verflechtungen in Beruf und Alltag sowie unsere Reisebewegungen, Risiken globalisieren. Gerade im globalen Norden hat die Globalisierung viele Errungenschaften und Freiheiten mit sich gebracht. Waren und Güter aus aller Welt sind leicht verfügbar, wir schauen Filme, hören Musik aus aller Welt. Das Internet macht Dienstleistungen im Handumdrehen verfügbar, Familie und Freunde am anderen Ende der Welt erscheinen über Videotelefonie doch nah. Auch in Entwicklungs- und Schwellenländern hat die Globalisierung unzählige Fortschritte mit sich gebracht. Viele Branchen warten jedoch weiterhin auf ökologische und soziale Mindeststandards, die die negativen Seiten der freien Märkte abfedern und globale Gerechtigkeit auch in einer globalisierten Welt ein Stück mehr zur Realität machen.

Die COVID-19-Krise zeigt uns in ihren Auswirkungen auf transregionale Liefer- und Wertschöpfungsketten die negativen Seiten freier Märkte auf. Und dieses Mal wissen wir nicht nur theoretisch um sie, wir spüren sie. Die Corona-Krise ist eben nicht nur eine globale Gesundheitskrise, sondern sie zeigt uns auch auf, wie abhängig wir alle vom Funktionieren globaler Verflechtungen sind. Der Mangel an medizinischer Ausrüstung hier in Europa genauso wie fehlendes Saatgut, Düngemittel und Benzin in Zentralasien führt uns in den vergangenen Wochen vor Augen, wo Abhängigkeiten und Engpässe bestehen. Die Krise weist uns auf massive globale Ungleichheiten hin. Während in Europa und Nordamerika der Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitssystemen und Sozialsystemen weitestgehend möglich ist, sieht dies in vielen Entwicklungsländern anders aus.

Pandemien wie Covid-19 breiten sich räumlich und zeitlich rasant aus und bedrohen damit unser menschliches Leben. Wir nehmen individuelle Einschränkungen in Kauf, um unsere Nächsten, um die Gemeinschaft zu schützen. Doch gleichzeitig prägt uns der Gedanke der Ungewissheit – wie groß ist die Gefahr für mich persönlich oder wie hoch der Nutzen der

Einschränkungen? Solche Situationen sind für uns ungewohnt, schwer auszuhalten, gerade weil wir nicht wissen, was sich noch hinter diesen Ungewissheiten verbirgt. Von der globalen Erderwärmung gehen ähnliche Verunsicherungen aus. Auch die Klimakrise bedroht unseren heutigen Lebensstil, der sogleich Verursacher, aber auch Leidtragender der klimatischen Veränderungen ist. Wie sehr sind wir bereit, auch diese Krise durch das Ändern unseres Verhaltens auf Ebene jedes Einzelnen sowie der Gesellschaft abzuwenden?

Die Pandemie fordert sowohl unser persönliches als auch unser öffentliches gesellschaftliches Leben, unsere Wirtschafts- und Finanzsysteme und unsere internationalen Leitbilder heraus. Die ökonomischen und sozialen Folgen der Krise werden gravierend sein, eine humanitäre Notlage in den Nachbarregionen um Europa entfaltet sich. Dies bedeutet aber auch, dass der Status quo auf den Prüfstand gestellt wird, dass wir jetzt entscheiden können und müssen, die Corona-bedingten Konjunkturspritzen für eine andere, eine krisenresilientere, Zukunft einzusetzen. Hierbei spielen auf europäischer Ebene, die bereits am 23. April 2020 vom Europäischen Rat beschlossenen Notprogramme, Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer, Unternehmen und Staaten, der Vorschlag eines ‚Recovery Fonds‘, sowie die Verbindung dieser mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 eine wichtige Rolle. Gerade in Bezug auf den Mehrjährigen Finanzrahmen gilt: Es ist der erste und zugleich letzte Finanzrahmen für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele einschließlich der Klimaziele in und mit der EU bis 2030. Zentrale Herausforderung momentan ist es, ‚building back better‘ sicherzustellen. Das Krisenmanagement bezüglich Corona muss als Stellschraube für eine Transformation unserer Wirtschafts- und Sozialsysteme in Richtung Nachhaltigkeit und zirkulare Ökonomie-Ansätze eingesetzt werden. Hier spielen die nun aufgelegten Konjunkturprogramme, verantwortet auf nationaler, europäischer und Ebene, multilaterale Organisationen wie Weltbank und Internationaler Währungsfond die zentrale Rolle.

Die momentane Krise bedeutet, neben all ihren negativen Auswirkungen, gesundheitlicher, sozialer und wirtschaftlicher Not, auch, dass eine andere Zukunft wieder möglich wird. Eingefahrene Muster, politische Lager, alteingesessene Allianzen und Grabenkämpfe werden aufgerüttelt, können reflektiert und beiseitegelegt werden. An die Stelle der dominierenden, eingefahrenen Zukunftsvorstellungen treten plötzlich neue, nachhaltigere, sozial gerechtere. In diesen Prozessen der Reflexion und Neufindung stellt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einen wichtigen Lotsen für politisches Handeln dar. 2015 hatte sich die Weltgemeinschaft zu einem ehrgeizigen Katalog mit 17 Zielen bekannt und mit ihm ihre Überzeugung ausgedrückt, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda gilt seitdem als Grundlage, eine Transformation zu nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialsystemen zu gestalten und ein weltgesellschaftliches Dasein innerhalb der planetarischen Grenzen zu gewährleisten. Es gilt jetzt, im Umgang mit der Corona-Krise sicherzustellen, dass entscheidende Stellschrauben hin zu einer Gemeinwohl-orientierten und von gegenseitiger, globaler Solidarität geprägten Zukunft gestellt werden.

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge (1978) ist Direktorin des Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und Professorin für Globale Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn. Die Wissens- und Entwicklungssoziologin arbeitet zu Fragen von Umwelt-, Ressourcen- und Wissensgovernance in gesellschaftlichen Transformationsprozessen.